Preußen den Provinzial- oder Bezirksstellen) in den eigenen Gebieten zurückbehalten werden dürfen und wohin der Ueberschuß zu liefern ist.

§ 7.

Die Reichsstelle (Verwaltungsabteilung) kann für bestimmte Obstsorten sowie für bestimmte Bezirke die vorstehenden Absatzbeschränkungen ganz oder teilweise außer Kraft setzen und das Recht zu solchen Bestimmungen auf die Landesstellen (in Preußen auch auf die Provinzial- und Bezirksstellen) übertragen.

§ 8.

Wer den vorstehenden Vorschriften zuwiderhandelt, wird gemäß § 16 der Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 307) mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Vorräte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 9.

Die Vorschriften dieser Bekanntmachung treten am Tage nach der Verkündung, die Vorschrift im § 1 Absatz 2 Satz 1 (Beförderungsschein) tritt mit dem 3. September 1917 in Kraft.

Berlin, den 20. August 1917.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.
Der Vorsitzende: v. Tilly.

Höchstpreise für Gänse.

§ 1 Abs. 2 und 3 der Ausführungsverordnung über den Handel mit Gänsen vom 2. August 1917 (Sächsische Staatszeitung Nr. 179) vom 4. August 1917 erhält folgende Fassung:

Beim Verkauf lebender Gänse durch den Züchter oder Mäster darf der Preis von 3,15 M. für ½ kg nicht überschritten werden. Der Preis gilt ab Stall des Züchters oder Mästers.

Beim Weiterverkauf an den Händler darf insgesamt ein Zuschlag von 0,35 M. für ½ kg einschließlich der Beförderung nicht überschritten werden.

Diese Bestimmung tritt am 1. September d. J. in Kraft.

Dresden, den 24. August 1917. **Ministerium des Innern.**

Nachstehende Verordnung wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Dresden, den 27. August 1917. **Ministerium des Innern.**

Verordnung, betreffend Aenderung der Verordnung über Höchstpreise für Hülsenfrüchte vom 24. Juli 1917.

(Reichs-Gesetzbl. S. 653.) Vom 21. August 1917.

Auf Grund der Bekanntmachung über Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 401) in Verbindung mit § 1 der Bekanntmachung über die Errichtung eines Kriegsernährungsamts vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 402) wird bestimmt:

Artikel I.

Im § 1 Abs. 1 der Verordnung über Höchstpreise für Hülsenfrüchte vom 24. Juli 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 653) wird nach den Worten „bei Saatwi en (Vicia sativa) . . . . . 50 Mark" unter Streichung der beiden nächsten Zeilen eingefügt:

bei allen im Getreide wild gewachsenen Wicken mit Ausnahme von Saatwicken (Vicia sativa) und Winter-, Sand- und Zottelwicken (Vicia villosa) . . . . . 28 Mark.

Artikel II.

Diese Verordnung tritt mit dem 25. August 1917 in Kraft.

Berlin, den 21. August 1917.

Der Präsident des Kriegsernährungsamts.
In Vertretung: von Braun.

Die Deutschen in Polen.

Wie nach anderen slawischen Ländern, kamen die Deutschen auch nach Polen als Kulturbringer. Besonders im westlichen Teile des Generalgouvernements, um Kalisch, Lodz, Wloclawek und Plock, finden wir noch heute geschlossene deutsche Siedlungen mit deutscher Sprache — meist schwäbischer Mundart —, deutscher Kultur, deutscher Bauart und echter deutscher Bauernschaft, die, mit eigenen Gemeindeschulzen an der Spitze, ihre völkische Eigenart auf Eigen- oder Pachtbesitz in strenger Abgeschlossenheit von slawischen Elementen unverfälscht bewahrt haben.

Man rechnet, daß in ganz Polen etwa 600 000 Deutsche wohnen. Im Generalgouvernement Warschau wurden 40 000 deutsche Familien gezählt. Davon besaßen 30 000 einen Landbesitz von 907 932 deutschen Morgen. 10 389 waren landlose Handwerker- oder Weberfamilien aus dem Lodzer Bezirk.

Bis vor etwa 20 Jahren, dem Beginn der allslawischen Bestrebungen, hatte die russische Regierung die Deutschen gut behandelt. Sie wurden als völkische Minderheit gegen die Uebergriffe der Polen geschützt, genossen alle Rechte und Freiheiten und konnten ruhig ihren Ackerbau und ihr Gewerbe betreiben. Später änderte sich das. Im Auftrage des russischen Generalgouvernements wurden in allen Gouvernements eingehende Listen über ihren Grundbesitz angelegt. Man verdächtigte sie politischer Umtriebe, verbot ihnen jeden weiteren Erwerb von Grundbesitz und verfolgte sie.

Sofort in den ersten Tagen nach Ausbruch des Weltkrieges wurden sofort Kosakenkommandos in Marsch gesetzt, die sich auf den deutschen Streubesitz begaben und den Befehl hatten, die Deutschen zusammenzutreiben und sie nach dem Innern Rußlands zu verschicken. Ein Teil der Deutschen rettete sich in die Wälder. Anderen gelang die Flucht durch Bestechung. Als dann die deutschen Heere in Polen einrückten, erließ die russische Regierung den strengen Befehl, alle Deutschen auszutreiben und ihr gesamtes Besitztum völlig zu vernichten. Es war die Zeit, als der russische Ministerpräsident Goremykin einem baltischen Adligen erklärte: „Wir führen nicht nur Krieg gegen die Deutschen, sondern auch gegen alles Deutsche." Und den Deutschen in Polen erging es am schlimmsten. Nicht nur gegen die Wehrpflichtigen richtete sich die russische Wut und Roheit, nein, auch gegen Frauen, Greise und Kinder. Güter, Kirchen, Schulen und Bauernhäuser wurden in rauchende Trümmerstätten verwandelt. Die Bahnhöfe in Warschau waren überfüllt von deutschen Kolonisten. Wochenlang mußten sie halbverhungert herumliegen. Hunderte von Kindern kamen um. In ungeheizten Eisenbahnwagen wurden sie mitten im strengen Winter in die Gebiete jenseits der Wolga verschickt. Viele Kinder und Erwachsene starben unterwegs. Andere wurden der Spionage verdächtigt und ohne Untersuchung und Urteil gehängt oder erschossen. Russische Barbarei, blutrünstiges Kosakenregiment und politisches Spitzeltum feierten Orgien der Unmenschlichkeit und Gemeinheit. Ueber 100 000 Deutsche wurden aus dem Gebiete des heutigen Generalgouvernements verschleppt.

Für die deutsche Verwaltung war es eine der ersten Hauptaufgaben, für die verlassenen deutschen Güter zu sorgen. Im Januar 1916 wurden daher sogenannte Pflegschaften für die deutschen Güter eingerichtet, die evangelischen Geistlichen oder anderen geeigneten Persönlichkeiten unter Aufsicht des Kreischefs übertragen wurden. Insgesamt sind über 5000 solcher Pflegschaften errichtet worden. Die Pfleger verpachteten die Güter an polnische Nachbarn, sicherten die deutschen Besitzverhältnisse, die teilweise mit Absicht von landgierigen Nebensassen schon verwischt waren, oder nahmen die Güter in eigene Verwaltung. Der landwirtschaftliche Sachverständige des Kreises ließ den Boden beackern und führte möglichst alles anbaufähige Land der Bebauung und Nutzung zu. Wo Frauen und Kinder deutscher Kolonisten vorhanden waren, wurden ihnen Saatgetreide und Vieh, hin und wieder auch Pferde zur Ackerbestellung gegeben. Ebenso erhielten sie Baumaterialien, um ihre Wohnungen wieder aufbauen zu können. Die Mehrzahl dieser Unglücklichen hat im Winter zu Beginn des Jahres 1916 in den verlassenen Schützengraben hausen müssen. Führwahr, ein schweres Los!

Doppeltüren im Reichstage.

Die Geheimhaltung der Ausschußberatungen.

Hinter den verschlossenen Türen der Kommissionszimmer im Reichstage ist in diesen Tagen sehr viel Wichtiges und Wichtigstes besprochen worden, tief vertraulich meistens, aber für die Oeffentlichkeit nicht unerreichbar. Und weil man immer wieder diese oder jene geheime, tiefvertrauliche Mitteilung nachher in den Zeitungen wiederfand, hat die Leitung des Reichstages beschlossen, gewisse Vorräume und Gänge in der Nähe des Hauptausschußzimmers absperren und doppelte Türen anbringen zu lassen.

Darauf großes Wehklagen bei einem Teil der Presse.

Die gegenwärtigen Zustände waren unhaltbar.

Darüber ist man sich allenthalben klar. Wenn es möglich war, daß streng vertrauliche Aeußerungen hochverantwortlicher Stelle in die Presse kamen oder zänkische Leitartikel gegen Abgeordnete auf einzelne Aeußerungen aufgebaut werden konnten, gegen die die Angegriffenen sich nicht verteidigen konnten, weil sie sonst wichtige Geheimnisse hätten preisgeben müssen, dann war das ein Zustand, dessen Fortdauer niemand wünschen kann. Man kann es wirklich verstehen, wenn die Abgeordneten nicht ständig an den Türen und in den Gängen Ausfrager vorfinden wollen, die sich ihnen einmal vorgestellt haben und die nun durch verzwickte Fragen etwas zu erhaschen suchen, worauf sich vermutende allgemeine, den Schein des Wissens verbreitende Redensarten aufbauen lassen.

Wie war es früher? — und wie wurde es?

Erstens gab es überhaupt keine Berichterstattung über die Ausschüsse, weil man alles im Plenum, der Vollversammlung, reichlich besprechen konnte. Allmählich sind die Reichsgeschäfte aber derart angewachsen, daß daran nicht mehr zu denken war. Damals fing Eugen Richter mit Berichten aus den Kommissionen in seiner „Freisinnigen Zeitung" an. Seine Berichte hatten Hand und Fuß und gaben seiner Zeitung eine große Bedeutung. Die anderen Blätter waren in Verlegenheit, weil zu den Ausschüssen ja nur „M. d. R." Zutritt hatten. Darauf nahmen zunächst betriebsame Herrschaften, die sich auf Hintertreppen verstanden, die Sache in die Hand; so jener Journalist Hamburger, der den ersten Entwurf des Zolltarifs stehlen ließ und zu verschachern suchte und darauf nach England fliehen mußte. Um die Sache in saubere Bahnen zu lenken, beauftragten die großen parlamentarischen Bureaus befreundete Parlamentarier, ihnen Berichte gegen Honorar zu liefern. Dieser Zustand ist bis heute geblieben und hat im großen und ganzen befriedigt, da die Berichte, wenn auch nicht lang, so doch sachlich gehalten waren.

Daneben aber setzte die Sensationsreportage ein.

Wie die englische Presse, so mußten sich auch die „großen" Berliner Parlamentsmitarbeiter leisten, die „den Verkehr mit den Abgeordneten pflegen" sollten. Infolge der Aushorchfähigkeit dieser wort- und verkehrsgewandten Herren kam bald über alles und jedes etwas in die Presse. Die Klügeren von ihnen hüteten sich, etwas zu drucken, was geheim sein konnte. Andere aber suchten sich und ihr Blatt durch kräftigste „Informationen" zu heben: das waren besonders jene, die nicht ständig diese Tätigkeit ausübten und nicht merkten, daß sie sich auf diese Weise nur die Quelle neuen Wissens verstopften. Diese Herrschaften haben jetzt dem Fasse den Boden ausgeschlagen.

* * *

Die neuen Reichstagstüren kommen. Wenn diejenigen, die es angeht, daraus allerlei lernen wollten, könnte es nicht schaden. Und wenn die politischen Parteien daraus den Schluß ziehen wollten, daß offenster Verkehr mit der Presse durch eine jedem Berufenen zugängliche Instanz der einzigen Schutz gegen verhängnisvolle oder auch ärgerliche Indiskretionen bildet, dann wäre das nicht minder wichtig. ***

Wenn England siegte.

Englands Ostsee-Pläne.

Die Unruhe Schwedens über die Anstrengungen der Engländer, sich in der Ostsee festzusetzen, wächst. „Nya Dagligt Allehanda" vom 7. August berichtet: „Seit dem letzten Mal hat man viele englische Versuche wahrgenommen, Landgüter in Estland zu erwerben. Estländer, die früher nachweislich über kein Kapital verfügt haben, treten als äußerst freigebige Käufer auf, und ebenso dänische Gesellschaften. Auch der Inspektor der estländischen Landwirtschaft, ein geborener Däne und noch heute dänischer Untertan, der jetzt in Dänemark weilt, hat von dort aus verschiedene Versuche gemacht, Güterankäufe zu vermitteln.

Der englische Gesandte in Petersburg, Sir Buchanan, war letztes Frühjahr zweimal in Reval und wohnte bei dem englischen Vizekonsul Gerard. Dieser ist Teilhaber des großen Bankhauses Thomas Claybills in Reval. In estländischen Kreisen ist man der Ansicht, daß England beabsichtigt, sich in den Ostseeprovinzen, vor allem in Estland, festzusetzen. Außerdem glaubt man, daß England sich für seine Flotte in Dagö und Oesel Stützpunkte verschaffen will."

Ueber die Gefahr, die aus solchen Plänen für Schweden erwächst, schreibt das Blatt:

„Nach dem Falle des Zarentums glaubten wir in unserem Lande, die russische Gefahr sei beseitigt, doch haben die warnenden Stimmen recht behalten. Die Befestigungen auf Aaland und die russischen Truppenmassen in Finnland sind nach wie vor vorhanden. Der Freiheitskampf Finnlands stößt auf die größten Schwierigkeiten, und aus dieser Machtstellung Rußlands an der Ostsee können, auch wenn Rußland den guten Willen hat, mit uns im korrekten Verhältnis zu leben, schwere Gefahren für Schweden entstehen. Schweden ist in Gefahr, zwischen Hammer und Amboß zu geraten. Es hat sich jetzt gezeigt, daß England seinen Bundesgenossen Rußland in der Ostsee nicht unterstützen kann. Daher die englischen Pläne auf Aaland und die Küste des Finnischen Meerbusens. England will auf jeden Fall verhindern, daß Deutschland Rußland in der Ostsee überwältigt. Kommt aber Aaland in englischen Besitz, dann haben wir Schweden den schlimmsten Weiterwinkel unmittelbar vor uns."

** **Schlagwetterexplosion: 10 Tote.** Ein schweres Grubenunglück ereignete sich im Bergwerk der westböhmischen Bergbau-Aktiengesellschaft in Kleingorschütz in Oberschlesien. Dort erfolgte eine Schlagwetterexplosion, bei der 10 Personen getötet wurden. Davon sind sieben Bergleute. Bei dem Versuch, die Verunglückten zu retten, fanden der Betriebsführer Huisgen, der Maschinensteiger Ludwig und der Steigerstellvertreter Gappok den Tod.

** **Rückkehr der deutschen China-Expedition.** Nachdem China die politischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen hat und die Abreise der deutschen Gesandtschaft in Peking dadurch zur Notwendigkeit wurde, konnte auch der Dresdener Ethnograph W. Stötzner unter dem Schutz des freien Geleites nach Deutschland zurückkehren. Stötzner war, wie „Petermanns Mitteilungen" berichten, vor dem Ausbruch des Weltkrieges in den Grenzgebieten zwischen der chinesischen Provinz Szetschuan und dem chinesischen Tributstaat Tibet überrascht worden und hat seine Forschungsexpedition, deren weiteres Vordringen nach Tibet so vereitelt wurde, abbrechen müssen, um seine militärischen Pflichten zu erfüllen. Da die sofortige Heimkehr, aber auch das Erreichen von Kiautschou durch die japanische Belagerung unmöglich war, übernahm er die Leitung der Gesandschaftsschutzwache in Peking.

* * *

Kleine Neuigkeiten.

* Eine stark besuchte Versammlung der Uhrmacher Deutschlands beschloß eine Eingabe an den Bundesrat behufs baldmöglichster Regelung der Uhreneinfuhr aus der Schweiz.

* Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger hat an der deutschen Küste 133 Stationen. 10 Stationen haben im letzten Jahre in 6 Ausfahrten 43 Personen aus Seenot gerettet.

SLUB
Wir führen Wissen.